

riums Freycinet herbeiführte, giebt den Radicales durchaus keinen Anspruch auf die Regierung, weder moralisch, noch nach den parlamentarischen Gepflogenheiten. Moralisch haben sie sich durch ihr frivoles Zusammengehen mit allen Gegnern der Republik vielmehr compromittirt, und die Mehrheit, zu der sie bei der entscheidenden Abstimmung gehörten, ist an sich nicht regierungsunfähig. Die Radicales bilden zudem nur eine Minderheit der republikanischen Majorität und würden erfahrungsmässig bei der ersten besten Gelegenheit zu Fall kommen, da die bisherigen Bundesgenossen im Grunde genommen ihre natürlichen Gegner sind. Die endgiltige Lösung der recht verworrenen Frage ist demnach ziemlich zweifelhaft. Wir konnten gestern schon darauf hinweisen, dass sowohl Freycinet als Präsident, wie Constans als Minister sich nahezu unmöglich gemacht haben; doch dürfte Freycinet sich auch in der künftigen Cabinetsbildung als Kriegsminister erhalten, als welcher er sich wirkliche Verdienste erworben hat. Anfänglich wurde Méline, der frühere landwirtschaftliche Minister, als Candidat für das Präsidenten des Ministeriums genannt; aber als einer der lautesten Wortführer der Hochschutzzöllner sind seine Chancen gegenüber der immer mächtiger werdenden Gegenströmung doch recht geringe. Wie aus Paris neuerdings gemeldet wird, hat man dort auch die Absicht der Bildung eines Cabinets Méline ebenso aufgegeben wie die eines ausgesprochen radicalen Cabinets. Freycinet und Ribot werden in das neue Cabinet eintreten, jedoch ohne das Präsidium zu übernehmen, weil sie durch ihr allzu grosses Entgegenkommen gegen den Vatican compromittirt erscheinen. Constans wird auscheiden. Die durch den „Intransigeant“ beeinflusste öffentliche Meinung urtheilt über Constans sehr ungünstig. Fallières, Yves-Guyot und Barbey werden ebenfalls auscheiden. Zwischen den Radicales und den Opportunisten soll über das neue Cabinet bereits eine Bourgeois, dessen radicale Vergangenheit eine sichere Garantie bietet, mit Rouvier, Roche, Ribot und Freycinet auf den bisherigen Posten verblieben, während die anderen Mitglieder des Cabinets durch Opportunisten ersetzt werden dürften.

— Der Pariser „Matin“ enthält einen langen Artikel über die **anarchistische Bewegung in Spanien**, der die mit den Erfahrungen aller anderen Länder in Widerspruch stehende Thatsache zu erklären sucht, dass dort auch die ländliche Bevölkerung, und zwar diese in ganz besonderem Masse, in die socialistische Bewegung hineingezogen worden ist. Nach diesen Ausführungen sei dem Vorhandensein grosser Latifundien und deren rein capitalistischer Bewirthschaftung ein grosser Theil der Schuld beizumessen. Diese Länder seien nicht etwa in Pacht gegeben, sondern würden von den Eigenthümern in folgender Weise bewirthschaftet: Zur Zeit der Aussaat und der Ernte würden jedesmal auf etwa zwei Monate Hunderte von Arbeitern, Braceros, angeworben, die die ländlichen Arbeiten zu verrichten hätten und nach deren Vollendung wieder entlassen würden. Ihren Lohn bekämen sie erst dann, und zwar auf einmal, ausgezahlt, was ihnen die Versuchung nahelege, ihn rasch durchzubringen, und wenn das geschehen sei, ständen sie dem grössten Elend gegenüber, meist bliebe ihnen eine neue Arbeitsperiode herankommen. In der Zwischenzeit werde auf den Feldern gar nichts gethan, und man begnüge sich, sie durch vereinzelt Aufseher überwachen zu lassen. Hierzu geselle sich noch eine ungläubliche Ausbeutung der Armen durch den Wucher, die gewaltig dazu beitrage, den Hass gegen die Besitzenden zu vermehren. Die anarchischen Ausbrüche, die wir in letzter Zeit erlebt haben, seien weiter nichts, als Auflehnungen der Armen, deren Schicksal man sich wirklich nicht schlechter denken könne, gegen die Reichen, und keineswegs die Befolgung eines bewussten socialistischen oder anarchischen Evangeliums. Wenn sie bisher vereinzelt geblieben seien, so dürfte man nicht hoffen, dass das auch in Zukunft so bleiben werde, sondern alles spreche dafür, dass mit der Zeit in die Sache System kommen werde. Die ganze Arbeiterbevölkerung der Provinzen Andalusien, Estremadura, Valencia, Aragon, Castilien sei in grosser Gährung, die um so gefährlicher erscheine, als nichts gethan würde, um den Ursachen entgegenzuarbeiten. Recht interessant ist, was bei dieser Gelegenheit über die Stellung und den Einfluss der Geistlichkeit gesagt wird, auf die man neuerdings ja auch in Deutschland bei Bekämpfung des Socialismus so grosse Hoffnungen zu setzen scheint. Die Geistlichkeit in Spanien habe sich bisher gar nicht um diese Verhältnisse gekümmert und nicht das geringste gethan, um den schreienden Uebelständen entgegenzuarbeiten, die sich sowohl bei den ländlichen Arbeitern, wie bei den Fabrikarbeitern bemerkbar machten. Trotz des grossen Einflusses, den sie auf die Behörden und in noch höherem Grade auf die Arbeitgeber besitze, habe sie auch

nicht einmal daran gedacht, ihn dahin zu verwenden, dass das Loos der Arbeiter etwas menschenwürdiger gestaltet werde, und in Folge dessen sei sie auch bei den Arbeitern, obwohl diese die äussere Ehrfurcht vor der Religion bewährten, in entschiedene Missachtung gekommen und könne heute überhaupt nicht mehr als ein Factor zur Bekämpfung des Socialismus betrachtet werden.

— Von Hannover aus werden wir ersucht, zu berichten, dass dort auf die **neuen 3%igen Staatsanleihen** etwa 22 Millionen Mark gezeichnet worden sind.

— Aus Paris schreibt man uns: Der Specialausschuss des Pariser Municipalraths hat beschlossen, die **Anleihe der Stadt Paris**, welche ursprünglich auf 120 Millionen festgesetzt war, auf 148 Millionen zu erhöhen, um dem linksufrigen Stadtheile an den Bauten, für welche die Anleihe die Mittel bieten soll, einen grosseren Antheil zu gewähren; 50 Millionen sollen auf die Verlängerung der rue Reaumur bis zur Börse, 35 Millionen auf andere städtische Arbeiten des rechtsufrigen Stadtheiles und 35 Millionen auf die linksufrige Stadt verwendet werden; 25 Millionen bleiben dann noch zu Sanitäts- und Canalisationsbauten und 3 Millionen für Emissionskosten reservirt. Die Anleihe soll auf einmal ausgegeben werden, die Einzahlungen jedoch hätten sich auf 6 Jahre zu vertheilen, denn erst von 1898 ab werden die Zuschlagsquoten, welche jetzt für die Verzinsung der Anleihe von 1886 verwendet werden, verfügbar. Bis dahin werden die Zinsen — soweit sie nicht blos von den späteren Einzahlungen abgeschrieben werden — aus den normalen Einnahmeüberschüssen aufgebracht.

— Laut Drahtmeldung aus Grajewo sind der **Ostpreussischen Südbahn** vorgestern definitiv 33 Wag. und gestern 41 Wag. Russischen Ursprungs überwiesen worden. Für heute sind 40 Wag. vorgemeldet.

— Die „Köln. Ztg.“ brachte dieser Tage die Mittheilung, dass die **Holländische Eisenbahngesellschaft der König Wilhelm Bahn** Vorschläge zur Uebernahme ihrer Linien gemacht habe. Diese Notiz ist ungenau. Die Holländische Eisenbahngesellschaft hat sich in dem mit der König Wilhelm Bahn am 6. Mai 1887 abgeschlossenen Verträge das Recht vorbehalten, unter den damals bereits festgesetzten Bedingungen die König Wilhelm-Bahn für eigene Rechnung übernehmen zu können, und hat jetzt von diesem Rechte Gebrauch gemacht, indem sie der Direction der König Wilhelm-Bahn angezeigt hat, dass sie die letztere zu den im Artikel 22 des genannten Vertrages festgesetzten Bedingungen übernehmen wolle. Bei der bevorstehenden Beschlussfassung in der Generalversammlung der Actionaire der König Wilhelm-Bahn handelt es sich lediglich um den Zeitpunkt dieser Uebernahme. Vertragsmässig ist dieser Zeitpunkt auf ein Jahr nach geschehener Anzeige festgesetzt, doch sind die beiden Verwaltungen darüber einig, dass die Uebernahme möglichst bald stattfinden solle. Das Deutsche Publicum hat an dieser Uebernahme insofern ein Interesse, als die von den Bankhäusern Steinsiecke & Co. in Berlin und Gottfried & Felix Herzfeld, sowie der Niedersächsischen Bank in Hannover derzeit emittirten 4 1/2 % Prioritäts-Obligationen der König Wilhelm Bahn im Betrage von 3 000 000 Gulden ausser der bisherigen Sicherheit auch die Garantie der Holländischen Eisenbahngesellschaft erlangen würden, da die letztere vertragsmässig diese Anleihe als Selbstschuld zu übernehmen hat.

— Seit einiger Zeit erfreuen sich die Action der **Luxemburger Prince Henri-Eisenbahn** wiederum der Aufmerksamkeit der Börse, sowie des Privatpublicums. Es ist bekannt, dass diese kleine, in einem industrireichen Bezirk gelegene Eisenbahn in einer günstigen Entwicklung begriffen ist. Die letzten drei Dekaden erbrachten Mehreinnahmen von 16 bis 26 000 Fr. Es giebt aber, wie uns berichtet wird, noch besonders erfreuliche Factoren, welche in weiteren Kreisen nicht genügend bekannt sein dürften. Bekanntlich besitzt die Prince Henri-Bahn eigene Erzfelder in steigendem Masse von den zunächst gelegenen Belgischen, Französischen und besonders von den an der Saar liegenden Deutschen Eisenhütten zur Herstellung von Roheisen gesucht wird. Diese Erze, welche erst nach Einführung und Verbesserung des bekannten Thomas-Verfahrens an Bedeutung gewonnen haben, besitzen den Vorzug starken Kalk- und Phosphorgehalts, bedürfen also nicht erst, wie die Rheinländisch-Westfälischen Erze, des zur Verhüttung notwendigen Zusatzes von Kalk. In Folge dieser Umstände haben die bedeutendsten und grössten Werke an der Saar, wie den Wendel & Co. in Eyingen, Stamm in Neunkirchen, Burbacher Hütte etc. begonnen, die vorerwähnten Erze in grossen Quantitäten zu beziehen, um daraus das für den Massenconsum am geeignetsten und trotzdem billigere Thomasisen

herzustellen. Auch die Rheinisch-Westfälischen Werke werden, um der ihre Existenz bedrohenden Concurrenz der Saarwerke zu begegnen, gezwungen sein, zum Bezuge der Luxemburger Erze überzugehen. Aus diesen Umständen ergibt sich, dass der Prince Henri-Bahn doppelte Vortheile erwachsen, nämlich aus der Ausbeute ihrer bedeutenden eigenen Erzgruben, und aus den ihr hierdurch zufallenden grossen Transporten. Wir recapituliren nochmals, dass die drei letzten Einnahme-Dekaden folgende Ziffern ergaben: 92 578 Fr., 103 226 Fr. und 94 018 Fr., während die correspondirenden Zahlen des Vorjahres lauten: 72 445 Fr., 87 926 Fr. und 68 123 Francs. Von diesen erheblichen Mehreinnahmen entfällt schon jetzt ein bedeutender Theil auf die Minenausbeute. Bei Beurtheilung der Zukunft der Prince-Henri-Bahn ist ein Vergleich mit der Entwicklung der Dortmund-Gronau-Eschener Eisenbahn am Platze. Die Rente der letzteren hat sich in stetiger Entwicklung von ursprünglich 0 resp. 2/3 % im Jahre 1878 bis 4 % gesteigert, trotz der in der Zwischenzeit creirten Stamm-Prioritäten, welche eine Vorzugs-Dividende von 4 1/2 % geniessen. Ebenso hat der Cours der Dortmund-Gronau-Actien im Laufe von ca. 9 Jahren eine Steigerung von 52 % bis über pari erfahren. Bedenkt man, dass die Actien der Prince-Henri-Bahn einen momentanen Courstrend von nur 55 % ca. einnehmen und hierin noch die am 1. Juni cr. zu detachende Dividende von mehr als 2 % enthalten ist, so erscheinen diese Actien in der That für eine solide Speculation geeignet. Wir bemerken noch, dass Henri-Actien bereits vor Jahresfrist ca. 66 % notirt und nur durch die Ungunst der Börsenverhältnisse einen mehr als 10%igen Rückschlag erfahren haben.

— Aus Petersburg schreibt man der „Allgem. Reichs-Corr.“: Die Subscription auf die Obligationen der **Moskau-Kasaner Eisenbahngesellschaft** hat den hier gehegten Erwartungen entsprochen. Ein Drittel des aufgelegten Betrages ist von Instituten gezeichnet worden, welche den Emittenten bestehen, ein weiteres Drittel wurde von Moskauer Grosscapitalisten und Handlungshäusern gezeichnet, die dem Verwaltungsrathe der Moskauer Kaufmannsbank, Moskauer Discontobank, Moskauer Handelsbank und der Moskau-Kasaner Eisenbahngesellschaft angehören, das letzte Drittel wurde von kleineren Capitalisten im Austausch gegen andere höher stehende 4%ige Papiere gezeichnet. Ausländische Subscriptionen sind nicht eingegangen und waren auch von Haus aus nicht in Aussicht genommen. Die Veröffentlichung eines Subscriptions-Prospectes in einigen wenigen Deutschen Blättern ist gegen Wissen der hiesigen maassgebenden Kreise erfolgt und hat hier nicht weniger, als in Deutschland selbst verstümmelt, besonders der Umstand, dass die Emittentenfirma den Subscriptionsprospect in derselben Form wie in Russischen Blättern, d. i. mit der ergänzenden Unterschrift des Reichsbankgouverneurs zur Veröffentlichung brachten und dadurch der Publication ein offizielles Gepräge, die ihr unter keinen Umständen zustand, aufgedrückt haben. Das Moskauer Consortium, welches die Obligationen der Moskau-Kasaner Bahn zur Subscription auflegte, trat überhaupt zum ersten Mal als Emittent einer Russischen Finanzoperation auf und die Veröffentlichung des Prospectes in den Deutschen Blättern erfolgte ausschliesslich zu dem Zweck, um die betreffenden Firmen als ein Emissionsyndicat in möglichst weiten Kreisen bekannt zu machen.

— Die oft erwähnten neuen 4 1/2 % igen Prioritäten der **Kursk-Kiew- und Rjasan-Koslow-Eisenbahn** (90 Millionen Rbl.) werden Ende Februar a. St. zum Course von 99 auf den Russischen Börsen zur Zeichnung aufgelegt werden.

— Der Jahresbericht der **Bayerischen Vereinsbank** constatirt Mehrerträge an Provisionen und Zinsen und in der hypothekarischen Abtheilung, sowie eine Minderung des Effectengewinnes. Der Reingewinn beträgt 2 674 251 M. gegen 2 723 774 M. im Jahre 1890, die Dividende 8 1/2 % gegen 8 % im Vorjahr.

— Die Nachricht, dass der **Norddeutsche Lloyd** für das verlossene Jahr thatsächlich keine Dividende an seine Actionaire zur Vertheilung bringen wird — eine Eventualität, auf welche man hier seit Monaten schon vorbereitet war — hat an der heutigen Börse der Speculation zu umfangreichen weiteren Blanco-Verkäufen von Actien dieser Gesellschaft Anlass gegeben. Das Geschäft in diesem Papier gewann ein ungewöhnlich lebhaftes, zeitweise erregtes Gepräge und der Cours der Actien musste bis 93 1/2 steigen, ohne sich im Verlaufe der Börse wesentlich erholen zu können. Genaue Nachrichten über den Rechnungsabschluss der Gesellschaft liegen noch nicht vor; nach Bremer Privattelegrammen steht nur soviel fest, dass die Bilanz sich insgesamt um 5 1/2 Millionen Mark ungünstiger als die vorjährige stellt und dass zur Bestreitung der im Betrage von 6 Millionen Mark nach den bisherigen Grundsätzen der Gesellschaft vorzunehmenden Abschreibungen noch 2 Mill. Mark den Reserven entnommen werden müssen. Ob der in diesem Jahre